

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten Antoni, Cerwenka, Waldhäusl, Dworak, Königsberger, Findeis, Ing. Huber, Ing. Gratzner, Tauchner, Jahrmann, Sulzberger, Kadenbach, Kernstock, Mag. Leichtfried, Onodi, Razborcan, Mag. Renner und Rosenmaier

gemäß § 33 LGO 2001

betreffend Maßnahmen zur Schadensminimierung in Bezug auf die veranlagten NÖ Landesgelder sowie Verbesserung der Information darüber an Landtag und Regierung

Das Land Niederösterreich hat in mehreren Tranchen seit dem Jahr 2002 knapp 4,4 Milliarden Euro auf den internationalen Kapitalmärkten veranlagt. Grundlage für den Beginn dieser Veranlagungen war der Beschluss des NÖ Landtages vom 28. Juni 2001, mit dem die Veranlagung der Einnahmen aus der Verwertung der 1. Tranche der Wohnbauförderungsdarlehen beschlossen wurde. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen wurde beschlossen, dass die zu gründende Veranlagungsgesellschaft die Mittel in Veranlagungsinstrumenten mit einer Qualität von hervorragender bis guter Finanzkraft zu veranlagern hat und dem Land daraus jährlich budget- und maastrichtwirksame Einnahmen zufließen sollten. Ebenso wurde festgelegt, dass für die veranlagten Mittel eine laufende Kontrolle hinsichtlich der Veranlagungsrendite durchzuführen ist.

Im Beschluss des NÖ Landtages vom 25. Jänner 2007, mit dem die Veranlagung der Einnahmen aus der Verwertung der 2. Tranche der Wohnbauförderungsdarlehen beschlossen wurde, ist festgelegt, dass aus der Veranlagung ein Ertrag in Höhe von etwa 5 % erzielt werden soll, wobei mittelfristig (5 Jahre) unter Hinzurechnung der Ausschüttung insgesamt für die Veranlagungen des Landes ein Kapitalerhalt anzustreben ist.

Ausgehend von der verfassungsrechtlichen Vorgabe, wonach die Finanzwirtschaft der Gebietskörperschaften nach den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit durchzuführen ist, konnte insbesondere auf der Grundlage der Sparsamkeit davon ausgegangen werden, dass das Anlageverhalten ein „risikoscheues“ und damit konservatives sein müsste.

Wie im Übrigen auch durch Gutachten anerkannter Rechtsexperten bestätigt ist, reicht ein erhoffter Gewinn keinesfalls als Begründung für eine risikobehaftete Veranlagung auf dem Kapitalmarkt aus. Im Sinne dieser Vorgaben wäre die Landesverwaltung bzw. die mit dieser Aufgabe betraute Land NÖ Finanz- und Beteiligungsmanagement-GmbH. (FIBEG) verhalten gewesen, kein vermeidbares Risiko einzugehen. Aufgrund der gemachten Erfahrungen hat sich aus heutiger Sicht gezeigt, dass die Rahmenvorgaben hinsichtlich der Veranlagung bei deren Umsetzung und Realisierung sehr weitläufig interpretiert wurden, sodass es notwendig erscheint, diese Vorgaben sehr klar zu fassen und zu konkretisieren. Da beispielsweise – wie einerseits aus der Managerübersicht der FIBEG, aber auch aus den Informationen der Geschäftsführung der FIBEG vom 18. Mai 2009 erwiesen ist - in ethisch unvertretbarer Art und Weise in Rohstoffe (Commodities) oder auch in Emerging Market Bonds (Entwicklungsländer) investiert wurde, scheint es notwendig, dass der NÖ Landtag auch in diesem Bereich Vorgaben setzt, die derartige Investitionen verhindern.

Daneben haben sich auch seit Beginn der Veranlagungen die Rahmenbedingungen auf dem internationalen Kapitalmarkt wesentlich verändert, sodass sich durch die gewählte, durchaus mit Risiko behaftete Veranlagungsform der Kapitalstand der Veranlagung gegenüber dem ursprünglich veranlagten Gesamtkapital von 4,387 Mrd. Euro um rund 800 Millionen Euro verringert hat. Von diesem Verlust wurde bereits ein Betrag von rund 312 Millionen Euro realisiert, sodass diese Mittel ein für alle Mal verloren sind.

Diese Ergebnisse müssen den NÖ Landtag veranlassen, als oberste Prämisse für die weitere Gestion der Veranlagung jedenfalls den Erhalt des eingesetzten Kapitals sicherzustellen.

Ausgehend von der Gründung der Land NÖ Finanz- und Beteiligungsmanagement-GmbH. (FIBEG) wurde ein nachgelagertes Konglomerat von Gesellschaften und Stiftungen gegründet, die ein für die Kontrollorgane des Landes undurchsichtiges Finanznetzwerk darstellen, deren Zweck unter den heutigen Rahmenbedingungen nicht nachvollziehbar erscheint. In der Zwischenzeit ist das Land Niederösterreich wieder 100-Prozent-Eigentümer der HYPO Investmentbank AG. Damit steht dem Land Niederösterreich eine ausschließlich in ihrem Einflussbereich liegende Bank und Investment-Infrastruktur zur Verfügung, die eine Parallelstruktur, wie sie die FIBEG darstellt, als nicht mehr notwendig erscheinen lässt, sodass schrittweise die Mittel von der FIBEG zur HYPO Investmentbank AG transferiert werden könnten, was nicht nur die wirtschaftliche Situation der HYPO Investmentbank AG im Bankensektor verbessern und ihr damit auch verbesserte Kreditbedingungen verschaffen würde - die wiederum der NÖ Wirtschaft zugute kommen könnten -, sondern würden sich auch beträchtliche Summen an Strukturkosten, die derzeit bei der FIBEG anfallen, einsparen lassen.

Da die Gestion mit den veranlagten Landesgeldern laufend fortgeführt wird und die Veränderungen der einzelnen Portfolios praktisch täglich erfolgen, ist es notwendig, möglichst rasch die entsprechenden geänderten Vorgaben an die Vollziehung zu treffen, sodass dieser Antrag ohne vorherige Ausschussberatungen unmittelbar im Plenum des NÖ Landtages behandelt werden sollte.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung einen kontrollierten Rückzug anzustreben, bis dahin sind bei der Bewirtschaftung der veranlagten Landesgelder folgende Maßnahmen und Veranlagungsgrundsätze einzuhalten:

- Die Bewirtschaftung der veranlagten Landesgelder ist so durchzuführen, dass
 - jedes vermeidbare Risiko ausgeschlossen wird,
 - der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung vorhandene Kapitalstock unvermindert erhalten bleibt (Kapitalerhalt), abzüglich eines eventuellen Konjunkturpaketes für die Gemeinden
und
 - die Gestaltung der Veranlagung nach noch zu definierenden ethischen Grundregeln erfolgt.
- Weiters
 - ist ein klares und nachvollziehbares Berichtswesen an Landtag und Landesregierung durch regelmäßiges, jedenfalls aber vierteljährliches „Reporting“, aus dem die Detailinformationen hinsichtlich der Werte, in die veranlagt wurde, ersichtlich sind, zu schaffen,
 - ist mindestens einmal jährlich eine Bewertung dieses Reportings durch zwei von Banken unabhängige Investmentberater, die vom Direktor des Landesrechnungshofs bestimmt werden, durchführen zu lassen und deren Bericht dem Landtag gemeinsam mit dem Rechnungsabschluss des Landes vorzulegen,
 - sind die derzeitigen Aufgaben der FIBEG umgehend zur HYPO Investmentbank AG zu verlagern,
und

Gemäß § 33 Abs.1 LGO 2001 wird beantragt, dass dieser Antrag ohne Ausschussberatung zur Behandlung gelangen möge.